

Die Österreichische Volkspartei unter Sebastian Kurz

Armin Puller

Verglichen mit der kleineren Regierungspartei FPÖ erhält die ÖVP üblicherweise ein geringes Maß an Aufmerksamkeit. Zumal sie den Bundeskanzler stellt, wesentlich für das Programm der Regierung und ihr Staatsprojekt verantwortlich zeichnet, der Regierung die internationale wie nationale Legitimität verschafft und außerdem seit nunmehr 32 Jahren an der Regierung beteiligt ist, ist dies verwunderlich. Die ÖVP ist eine Partei mit beeindruckender Wandlungsfähigkeit. War sie vor wenigen Jahren aufgrund einer Repräsentationskrise noch totgesagt und trat dabei aufgrund innerer Spannungen mit fragwürdiger Regierungsfähigkeit auf, hat sie sich seit der Transformation zur türkisen „neuen Volkspartei“ allem Anschein nach zu einer programmatisch konsistenten und organisatorisch kohärenten, schlagfertigen Regierungspartei entwickelt. Worauf beruht dieses neue Parteiprojekt, wie konnte es sich innerparteilich durchsetzen und welche Dynamiken sind ihm inhärent?

Volkspartei und Staatspartei

Die ÖVP ist nicht nur dem Namen nach, sondern durchaus immer noch hinsichtlich ihres Parteitypus eine Volkspartei. Dies zeigt sich entlang starker Repräsentationsbeziehungen zu ihrer gut organisierten sozialen Basis und einer komplexen Organisationszusammensetzung. Sie repräsentiert traditionell Wirtschaftstreibende, Angestellte, das Beamtentum und die Landwirtschaft. Studien zu Sinus-Milieus in Österreich zeigen auf, dass sie in allen traditions- und leistungsorientierten Milieus fest verankert ist und damit eine sehr breite politische Allianz darstellt. Diese gesellschaftliche Verankerung ist eine Besonderheit, die auch mit dem österreichischen politischen System zusammenhängt. In diesem ist die ÖVP zugleich auch eine „natürliche Regierungspartei“, die mit einigen Staatsapparaten eng verbunden ist und deren Tätigkeiten Kohärenz verschafft. Einige Ministerien kontrolliert sie bereits seit mehr als dreißig Jahren vollständig (Wirtschaftsministerium, Landwirtschaftsministerium, Außenministerium), andere zum überwiegenden Teil (Finanzministerium, Innenministerium). Sie ist dominant verankert im Kammersystem, dem Sozialversicherungssystem, bei relevanten Kapitalgruppen, Teilen der staatsnahen Wirtschaft, dem Bankenbereich (vor allem Raiffeisen) sowie über Umwege im Sektor privater Massenmedien. Ebenfalls verfügt die ÖVP über eine zivilgesellschaftliche Verankerung, die vor allem mit ihrem katholisch-konservativen Flügel verbunden ist.

Organisatorisch setzt sich die ÖVP neben den Landesorganisationen aus sechs Bündeln zusammen, wovon die bedeutendsten und bestorganisierten der Wirtschaftsbund (ÖWB) und der Bauernbund (ÖBB) sind. Sie sind für die programmatische Ausrichtung und Identität der ÖVP maßgeblich und stellen das zentrale politische Personal der Partei in der Regierung, zumindest in den für die ÖVP bedeutsameren Ministerien (Finanzen, Wirt-

schaft, Landwirtschaft). Den drittichtigsten Bund stellt der Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerbund (ÖAAB) dar, der neben der Bastion im öffentlichen Dienst (GÖD) auch eine Art subordiniertes Sammelbecken für all jene FunktionärInnen bildet, die nicht Teil von ÖWB und ÖBB sind. Als Ausgleich für die geringere Bedeutung des ÖAAB in der Politikgestaltung werden seine VertreterInnen zumeist mit der Führung einzelner Ministerien von zweitem Rang (in erster Linie dem Innenministerium), seit dem Ende der Ära Schüssel 2006 vor allem auch mit der Führung des Parlamentsklubs und mit Aufgaben in der Parteizentrale betraut. Oftmalig müssen mit Ministerposten, mit denen der ÖAAB bedacht wird, jedoch auch Länderinteressen befriedigt werden.ⁱ ÖVP-VertreterInnen im Parlamentspräsidium entstammen ebenfalls überwiegend dem ÖAAB (vier von sechs seit 1999, Elisabeth Köstingers Intermezzo nicht eingerechnet).

Darüber hinaus bestehen noch die Jugend (JVP), der Seniorenbund und der Frauenbund, die zumeist kaum politische Relevanz in der Partei entfalten, jedoch von einzelnen Führungspersonen für politische Karrieren genutzt werden können. Die Stärke der Bünde liegt in ihrer Mobilisierungs- und Organisationskraft an der Basis, vor allem in den Gemeinden. Ohne die Bünde könnte die ÖVP die Aufgaben der gesellschaftlichen Repräsentation, der politischen Mobilisierung und der Rekrutierung von politischem Personal nicht erfüllen. Dennoch sind die Bünde innerparteilich auf Bundesebene nicht unmittelbar Machtzentren. Historisch haben ihre direkten Einflussmöglichkeiten aufgrund der Zunahme staatlicher Parteienfinanzierung und durch Parteireformen abgenommen (Müller 2006: 352). Ihre Macht ist eine mittelbare, insofern die Bünde über ihre VertreterInnen in den Ländern oder auch im Parlamentsklub Druck nach oben ausüben können und insofern sie Beiträge an die Parteiorganisation abführen, die in Wahlkampfzeiten durchaus bedeutend sein können.

Die Mitgliederzahlen der ÖVP zu eruieren, ist eine komplexe Angelegenheit. Sie ergeben sich aus den ordentlichen Mitgliedern der sechs Bünde (die im Falle einer ordentlichen im Unterschied zur außerordentlichen Mitgliedschaft auch Parteimitglieder sind) sowie aus den Direktmitgliedern bei Bund und Ländern. Offiziell verlautbarte die ÖVP auf Bundesebene seit vielen Jahren, eine konstante Mitgliedschaft von einer halben Million aufzuweisen, wobei seit der Obmannschaft von Kurz sogar 600.000 Mitglieder angegeben werden. Ausgehend von den Angaben der sechs Bünde auf ihren jeweiligen Webauftritten, kann man weit über eine Million Bünde-Mitglieder addieren.ⁱⁱ Betrachtet man die Einnahmen der ÖVP aus Mitgliedsbeiträgen, ergibt sich dagegen das Bild, dass die ÖVP auf Ebene von Bund und Ländern 2015 insgesamt 918.927,33 Euro eingenommen hat (ÖVP 2016), wobei hier sowohl die Direktmitgliedschaften als auch anteilige Beiträge aus den Mitgliedschaften bei den Bünden zusammengerechnet sind. Bei einer angenommenen halben Million an Mitgliedern würde das durchschnittliche Einnahmen von unter zwei Euro pro Mitglied bedeuten. Dieser Wert ist sehr niedrig und deutet entweder darauf hin, dass die Bünde, die sicherlich den Großteil der Mitglieder stellen, einen nur äußerst geringen Anteil ihrer Mitgliedeinnahmen an die Partei abführen oder die Mitgliedszahlen maßlos übertrieben sind. Verglichen mit anderen Parteien, hat die ÖVP im selben Zeitraum (2015) weniger als das Dreifache der Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen wie die FPÖ bei etwa 50.000 Mitgliedern bzw. nur 12% der Einnahmen der SPÖ bei damals etwa 200.000 Mitgliedern.ⁱⁱⁱ Unabhängig von den konkreten Zahlen kann der Organisationsgrad der ÖVP jedenfalls als sehr hoch bezeichnet werden.

Kampf der Parteiprojekte

In der politischen Ausrichtung vertritt die ÖVP eine (zumeist widersprüchliche) Kombination konservativer und liberaler Positionen, deren Ambivalenz in unterschiedlicher Weise alle Parteiteile durchzieht und deren Dynamik die ÖVP seit den 1990er Jahren prägt. Die häufigen Debatten über „Profilschärfung“ und Akzentuierung von „Ecken und Kanten“ sind zumeist Ausdruck der Unzufriedenheit von Parteiteilen mit der Dominanz eines der beiden Pole, vor allem im Feld des Gesellschaftspolitischen. In den letzten zwanzig Jahren haben die damit verbundenen Konflikte sehr unterschiedliche Parteiprojekte hervorgebracht, wobei die Phase zwischen Schüssel und Kurz dadurch gekennzeichnet war, dass die Parteiführung keine Stabilität und Kohäsion erzeugen konnte und wechselnde Allianzen verschiedene Parteiprojekte zwischen liberalerem Neokonservatismus und traditionalistischem Konservatismus initiierten.

Die *Phase Schüssel (1995–2007)* gilt in großen Teilen der ÖVP als jene legendäre Periode, in der mit geschickter Strategie und Taktik sowie mit überzeugender katholisch-konservativer Programmatik Regierungsmacht erobert wurde. Der Wahlsieg von Schüssel 2002 imponierte auch dem 16-jährigen Sebastian Kurz, der wegen Schüssel in die ÖVP eintrat: „Ich fand schon beeindruckend, wie Schüssel Reformen vorangetrieben hat, das fand ich wirklich gut“ (Kurz, zit. in: Ronzheimer 2018: 33). Schüssel war tatsächlich der erste ÖVP-Kanzler (2000–2006) seit Josef Klaus' Kanzlerschaft (1964–1970) und einte die Partei, indem er – als jemand, der gesellschaftspolitisch dem liberalen Flügel zugerechnet wurde – den durch Erhard Busek entfremdeten konservativen Parteiflügel in ein marktradikales Programm integrierte. Nachdem er bei der Wahl 2002 einen historischen Erfolg für die ÖVP verbuchen konnte, der vor allem auf der Erosion der FPÖ beruhte, scheiterte Schüssel 2006 jedoch an der Radikalität und sozialen Flanke seines Programms. Die Wahlkampfthemen von 2006 kamen überwiegend der SPÖ zugute (Schieflage bei sozialer Gerechtigkeit, Pflegenotstand, Eurofighter etc.), die trotz Verlusten auf den ersten Platz kam und angesichts der arithmetischen Unmöglichkeit für eine Fortsetzung von Schwarz-Blau die Kanzlerschaft übernahm. Die Zeit nach Schüssel war für die ÖVP durchwegs turbulent und von häufigen Führungswechseln und inneren Machtkämpfen geprägt, in denen die Bünde die Obmannschaft abwechselnd eroberten.

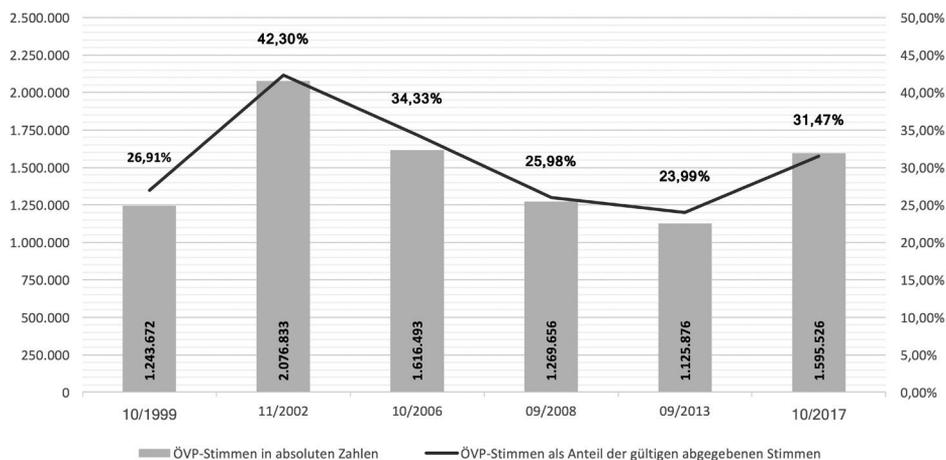
2007–2008 unter Wilhelm Molterer (ÖBB): Nach der Niederlage Schüssels übernahm 2007 der aus dem Bauernbund stammende Molterer die Parteiführung und das Vizekanzleramt unter Gusenbauer. Obwohl alle zentralen Ministerien übernommen wurden, die Regierungslinie der SPÖ kaum Erfolge ermöglichte und sich SP-Forderungen im Regierungsprogramm kaum wiederfanden, wurde die Regierung in der ÖVP als Kniefall betrachtet. Nach 18 Monaten kündigte sie Molterer mit dem Worten „Es reicht!“ auf, nachdem Teile der Partei bereits früh auf ihr Ende hinarbeiteten. Bei der folgenden NR-Wahl 2008 sackte die ÖVP trotz gegenteiliger Umfragen deutlich ab (im Wesentlichen aufgrund der Parlamentsarbeit im September, in der sich alle Parlamentsparteien in wechselnden Allianzen gegen die ÖVP verbündeten). Weder die politische Linie (unternehmensfreundliche Steuerreform, Nulldefizit und Senkung der Steuerquote) noch die von Molterer vorgeschlagene Machtperspektive (Regierung mit den Grünen) konnten die ÖVP zum Erfolg führen. Die Führung der Partei durch den Bauernbund ging in die nächste Runde.

2008–2011 unter Josef Pröll (ÖBB): Als mit 40 Jahren bis dato jüngster Obmann der Parteigeschichte, bemühte sich Pröll um eine gesellschaftspolitisch liberalere Linie, mit der er bereits 2007 eine interne „Perspektivengruppe“ anführte, die trotz zahlreicher Rück-

sichtnahmen Konflikte mit dem katholisch-konservativen Flügel am laufenden Band provozierte. Um die Partei wieder mehrheitsfähig zu machen, betonte Pröll die ökosoziale Marktwirtschaft, lehnte neoliberalen Marktradikalismus ab und erklärte, die Volkspartei habe eine politische Verantwortung für die Sicherung der sozialen Kohäsion. 2008 blieb diese Linie im Wahlkampf marginal und sollte nun stärker hervortreten. In vielerlei Hinsicht hätte der Abschied von der Ära Schüssel größer nicht sein können: Maßnahmen zur Steigerung der Frauenerwerbstätigkeit, Partnerschaftsgesetz für gleichgeschlechtliche Paare, Aufweichung der Differenzierungen im Bildungssystem. Innerparteilich setzte sich dieser Kurs großen Widerständen konservativer Parteiteile aus. Prölls Versuch, Bünde und Länder durch paritätische Einbindung zu bedienen, scheiterte kläglich, denn der Machtpluralismus schaffte die Bedingungen für seine Demontage.

2011–2014 unter Michael Spindelegger (ÖAAB): Mit dem Aufbrauchen der Personalressourcen des ÖBB, kam Spindelegger zum Zug. Um gegen das Gerechtigkeitsthema der SPÖ und das Ausländerthema der FPÖ eine klare Identität aufzubauen, verschob er die ÖVP wieder in Richtung des „Kerngeschäfts“ Wirtschaftspolitik. Als Vertreter des ÖAAB hatte er jedoch von Beginn an kein leichtes Spiel, die Partei zu einen. Mangels Wirtschaftskompetenz rief er einen Beraterstab ins Leben, der einen Wunschkatalog des Marktradikalismus produzierte, dem sich Spindelegger fortan verpflichtete: Verschlangung des Staates, Nulldefizit, Deregulierungen, Privatisierungen, Steuersenkungen für Unternehmen, Senkung der Steuerquote usw. Im Wahlkampf 2013 wurde der internen Kritik am überbordend gesellschaftsliberalen Kurs der Partei eine völlig übertriebene Betonung der „Entfesselung der Wirtschaft“ entgegengesetzt, worunter im Detail vor allem Aufweichungen beim ArbeitnehmerInnenschutz und eine Flexibilisierung der Arbeitszeiten verstanden wurden. Prölls Gesellschaftsliberalismus verschwand in der Versenkung. Die Kombination aus inhaltlicher Verengung und biederem Gesellschaftskonservatismus erzeugte ein Vakuum für die Gründung der NEOS 2012, die vielfach als Abspaltung aus der ÖVP empfunden wurde. Die ÖVP fuhr 2013 das schlechteste Ergebnis ihrer Geschichte ein; Spindelegger gab schließlich im August 2014 auf.

2014–2017 unter Reinhold Mitterlehner (ÖWB): Das Zepter fiel damit Mitterlehner in die Hand, dem als im ÖWB verwurzelten Kammerfunktionär zugetraut wurde, die Flanke in Richtung der NEOS wieder zu schließen, ohne dabei die Wirtschaftsorientierung aufzugeben. Mitterlehner gelang es, einige Modernisierungen basierend auf der Einsicht in die Notwendigkeit, dass die ÖVP jüngere Milieus und Frauen stärker repräsentieren müsse, durchzusetzen, ohne dabei größere Verwerfungen zu erzeugen. Die ÖVP schien damit vorläufig eine funktionierende politische Linie gefunden zu haben. Dennoch hatte Mitterlehner ein schweres Standing: Die Spaltungslinie in der ÖVP verschob sich immer mehr von der Frage der inhaltlichen Positionierung im politischen Spektrum zur Koalitionsfrage. Mitterlehner stand für den sozialpartnerschaftlichen Kurs der Fortsetzung der „Großen Koalition“, während der Flügel rund um Kurz und Sobotka bereits den Wechsel in Richtung Schwarz-Blau anstrebte. Mit deren wiederkehrenden Vorschlägen für Provokationen in der Koalition konnte Mitterlehner wenig anfangen. Mit wachsendem Druck durch schlechte Umfragewerte für die ÖVP und die Koalition, brachte dieser Flügel Mitterlehner und die Regierung letztlich zu Fall.



Grafik 1: Wahlergebnisse der ÖVP bei Nationalratswahlen 1999–2017. Quelle: BMI

Die „neue Volkspartei“

Oberflächlich betrachtet dreht sich der Parteiwandel von den Schwarzen zu den Türkisen zuvorderst um Inszenierung. Der neue Parteiobmann Kurz gibt sich als Visionär, nicht als Verwalter, knüpft an die Sprache des Hausverstandes und an vermeintlich populäre Forderungen an und bietet den Stil des mutigen Entscheidens wie des moderaten Pragmatismus dar. Bei Teilen seiner Partei und bei den Medien gilt Kurz mit diesem Stil als eine Art „Mann der Vorsehung“. Wie es schon der französische Philosoph Alain Badiou am Beispiel Sarkozy gezeigt hat, ist es eine besondere Eigenschaft der Männer der Vorsehung, dass es ihnen gelingt, die sozialen Antagonismen durch Dethematisierung und Verschiebung zu mystifizieren. Die drängenden Themen unserer Zeit – von der wachsenden sozialen Ungleichheit über den zunehmenden Arbeitsdruck bis hin zur Erosion der sozialen Wohlfahrt – verschwinden von der Agenda. Stattdessen dominieren neonationalistisch aufgeladene Anliegen, die an diesen grundlegenden Widersprüchen vorbeigehen: Der Kampf gegen diejenigen, die das Sozialsystem unberechtigt ausnutzen würden, erfordere Kürzungen im Sozialsystem; als zentrales Thema wird der Grenzschutz gegen die angebliche Gefahr der Unterwanderung durch Asylsuchende kampagnisiert. Unterhalb dieser Oberfläche folgt die ÖVP einer radikalisierten Agenda der Stärkung der Interessen von Besitzenden und Vermögenden, der Industrie, des Hauseigentums und der Banken sowie der Schwächung von Institutionen der ArbeiterInnenbewegung (Beiträge von Brait/Kranawetter sowie Stern/Hofmann in diesem Heft).

Für die ÖVP ist Kurz ein ungewöhnlicher Obmann, nicht nur wegen seines jugendlichen Alters. Da er keinen der drei relevanten Bünde durchlaufen hat und dementsprechend von deren Führungen stets mit Argwohn betrachtet wurde, hat sein Aufstieg in der Partei etwas Bonapartistisches an sich. Zumal keiner der drei Bünde ein stabiles Parteiprojekt hervorbringen konnte, übernimmt eine autonomisierte und an Machtbefugnissen unbeschränkte Exekutive. Kurz' Regierungseintritt wie auch sein Aufstieg zum Außenminister waren Clous des damaligen Obmanns Spindelegger, um sich nicht weitere Flanken mit Bünden und Ländern anzutun. Kurz konnte diese Zeiten nutzen, um im Inland (Wirt-

schaftstreibende) und Ausland (CSU) politische Netzwerke aufzubauen, die JVP (deren Obmann er bis November 2017 blieb) als neue Machtbastion auszubauen und sein politisches Profil als moderner Konservativer zu schärfen. Spätestens unter Mitterlehner entwickelte sich Kurz zum eigentlichen Machtzentrum in der Regierung und setzte den Kurs der Zusammenarbeit mit der SPÖ unter Druck. Als Mitterlehner sich dieser Strategie nicht weiter unterordnen wollte, trat er zurück und überließ das Feld dem ohnehin medial seit Monaten als Frontmann genannten Kurz. Dieser stellte für die Übernahme der Partei die Bedingung einer Generalvollmacht über die politische Ausrichtung der Partei, über das politische Personal im Falle der Erlangung von Regierungsmacht sowie über die Erstellung der Listen für den Nationalrat auf Bundesebene (Vollmacht) und auf Landesebene (Veto). In Ermangelung von Alternativen und in der Hoffnung auf Wiederbelebung der Partei erhielt er diese von den Länderorganisationen, rief Neuwahlen aus und vermied es, sich selbst durch Übernahme des Vizekanzleramts zu beschädigen, für welches der parteilose Justizminister Wolfgang Brandstätter zur Nachlassverwaltung der „Großen Koalition“ bestimmt wurde.

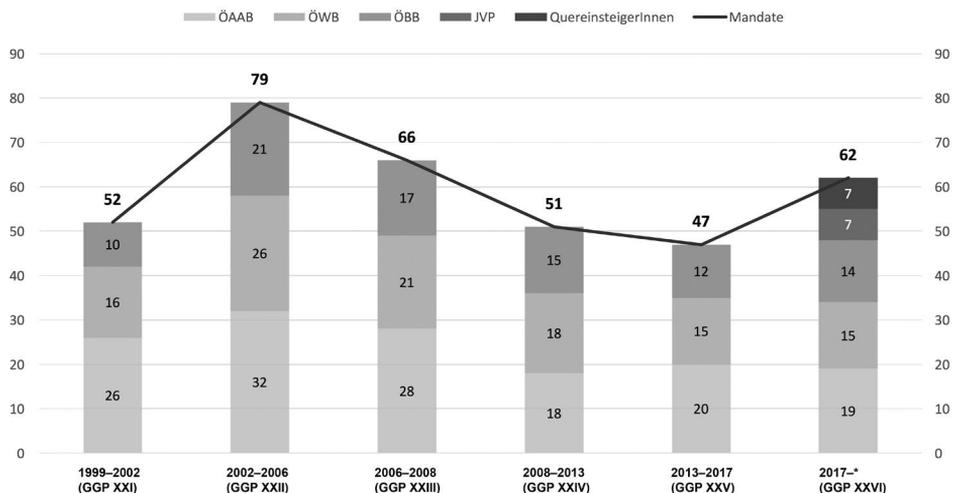
Wie später veröffentlichte Strategiepapiere (Tóth/Redl 2017) aufzeigten, war die Machtübernahme durch Kurz ein lange und geschickt vorbereitetes und detailliert geplantes Projekt. Auch wenn die Umstände anders als geplant aussahen, fügte sich alles zum politischen Moment des Sebastian Kurz zusammen. Mit Machiavelli könnte man sagen, dass Kurz nicht nur über *Virtù* verfügte (die Fähigkeit der Führung basierend auf einem politischen Projekt und einer klaren Strategie), sondern auch *Fortuna* und *Occasione* hatte. Die Übernahme der Partei fiel ihm in einem günstigen Moment zu und er musste Mitterlehner nicht einmal selbst aus Partei und Regierung demontieren; ganz im Gegenteil wurde er der Retter der Stunde für die Partei und bot über Neuwahlen eine Lösung der Regierungskrise an. Mit der Erpressung, die Partei nur bei Gewährung von Vollmachten zu übernehmen, die der Organisationsstruktur der ÖVP widersprechen, gelang ihm eine Autonomisierung der Parteiführung, von der seine Vorgänger nur träumen konnten und die anfangs allgemein als unrealistisch betrachtet wurde.

Das politische Projekt der türkisfarbenen ÖVP hat durchaus eine beachtliche ideologische Verschiebung gebracht. Diese bezieht sich jedoch weniger auf das radikale Programm des Angriffs auf Sozialversicherung, Sozialpartnerschaft und Wohlfahrtssysteme im Allgemeinen, die nun als „verkrustetes System“ delegitimiert werden. Das Neue besteht vielmehr darin, dass diese Politiken nicht mehr einfach nur über die konservative Vision der „Bürgergesellschaft“, über Eigenverantwortlichkeit und Leistungsgerechtigkeit für „Leistungsträger“ begründet, sondern durch das Prisma des Migrations- und Flüchtlingsthemas geleitet werden. Als zentrale Probleme der Gegenwart nennt die ÖVP Flüchtlingsrouten nach oder durch Europa, unsichere europäische Außengrenzen und illegale Migration. Um diese Probleme zu bekämpfen, seien angebliche Anreize der Einwanderung für Asylsuchende zu beenden, wofür die konservative Politik der Sozialkürzungen die passende radikale Lösung liefere. Diese Linie hat die ÖVP im Wahlkampf 2017 ohne Abweichung eingehalten. Außer den auf Kurz zugespitzten Botschaften drehte sich der Wahlkampf fast ausschließlich um Asylsuchende. Laut SORA (2017: 10) diskutierten 58% der Befragten im Wahlkampf über „Asyl und Integration“. Die weiteren Themen waren Sozialleistungen (49%) und Sicherheit (40%). Arbeitsplätze (37%) oder Pflege (33%) lagen deutlich dahinter. Die den Wahlkampf dominierenden Themen waren damit jene der heutigen Regierungsparteien. Zumal sich auch die SPÖ in ihrem sprunghaften Wahlkampf auf das Terrain des Asylthemas begab, blieb für Gegenthemen vergleichsweise wenig Spielraum.

Machtpolitisch betrachtet lassen sich einige innerparteiliche Veränderungen feststellen, die für eine eindeutige und neuartige Festigung der Obmannschaft von Kurz sprechen. Dies zeigt sich nicht nur an den Vollmachten des Obmanns gegenüber den Parteigremien, sondern auch entlang struktureller Machtverschiebungen: (1) Kurz ist es gelungen, in Bündnen wie Ländern das Personalkarussell zu seinen Gunsten zu drehen. Seit der Machtübernahme haben alle Bünde Kurz-affine Führungen, wobei gerade beim ÖBB und dem ÖWB Getreue in hohen Funktionen sitzen. Im ÖBB wurde im August 2017 der oftmals als Kurz-Kritiker wahrgenommene Jakob Auer als Präsident durch den Kurz-Adoranten Georg Strasser ersetzt; im Präsidium sitzt außerdem Landwirtschaftsministerin Köstinger. Im ÖWB wurde im Dezember 2017 der streitbare Christoph Leitl vom Kurz-Vertrauten Harald Mahrer als Präsident abgelöst, der seit Mai auch die WKO übernommen hat. Im ÖAAB ist eine Führung an der Macht, die auch gleich mit der Führung des Nationalratsklubs und der Partei betraut wurde und damit für die Abwehr interner Streitigkeiten zuständig ist: ÖAAB-Obmann August Wöginger ist nun auch Klubobmann, ÖAAB-Gruppenklubsprecher Michael Hammer sein Klubobmann-Stellvertreter und ÖAAB-Generalsekretär Karl Nehammer übernahm im Jänner 2018 das ÖVP-Generalsekretariat. Auf Seiten der Länder gibt es bei der Umfärbung auf Türkis zwar einigen anhaltenden Widerstand (Tirol) oder mäßigen Erfolg (Kärnten), aber auch loyale Gefolgschaft (Wien, Salzburg, Oberösterreich).

(2) Im Nationalratsklub gelang es Kurz, sich im Rahmen der Listenerstellung eine eigene Gruppe loyaler Abgeordneter zusammenzustellen, die von den großen Bündnen unabhängig ist, wodurch deren Relevanz geschwächt wurde: Quereinsteigende (wie Kira Grünberg oder Rudolf Taschner) brachten Aufmerksamkeit im Wahlkampf und sind in der parlamentarischen Arbeit mangels innerparteilicher Verankerung und politischer Expertise harmlos für die Regierungsgeschäfte. JVP-Einsteigende, die vor allem über gute Listenplätze in Wahlkreisen und Ländern, aber auch durch erfolgreiche Vorzugsstimmekampagnen gegen Etablierte eingezogen sind, sichern die vorhandene Hausmacht ab und machen die JVP als Bund attraktiv. Insgesamt besteht der Klub zu 56% aus erstmaligen Abgeordneten. Ehemalige Schwergewichte (wie etwa Werner Amon, Karl-Heinz Kopf oder Reinhold Lopatka) sind eher marginalisiert. Es ist damit unwahrscheinlich, dass der Klub autonome oder widerständige Aktivitäten gegen die Regierungsarbeit entfalten wird.

(3) In der Regierungsfraktion sind keine bedeutenden VertreterInnen von Bündnen und Ländern vertreten, sondern ausschließlich Personen mit bescheidener Parteiverankerung und Quereinsteigende mit persönlichem Draht zu Kurz. Zusätzlich hat Kurz über den (mit dem erfahrenen und professionellen Diplomaten Launsky-Tieffenthal besetzten) Posten des Regierungssprechers eine Kontrolle über die Kommunikation des Regierungsteams eingerichtet, die wie eine Vorstufe der Richtlinienkompetenz wirkt und den Einfluss von Ministerien effektiv einschränkt.



Grafik 2: Zusammensetzung des ÖVP-Nationalratsklub nach Bänden. Quelle: Eigene Berechnung basierend auf öffentlich einsehbaren Bändezuordnungen von Abgeordneten. Bei Mehrfachmitgliedschaften wurde dem Hauptbund zugerechnet. Die Zahlen beziehen sich jeweils auf die Zusammensetzung des ÖVP-Klubs nach erfolgter Regierungsbildung innerhalb der Legislaturperiode (März 2000, April 2003, Februar 2007, Jänner 2009, Jänner 2014, Jänner 2018).⁴

Die ÖVP unter Kurz ist eine Partei, die sich widerstandslos und mit Begeisterung der Regierung mit der FPÖ verschrieben hat. Die gemeinsame Koalition war eine langfristig angestrebte reale Machtperspektive mit großen inhaltlichen Gemeinsamkeiten auch in Politikfeldern abseits der Asylthematik und daher keine Überraschung. Vorbei sind die Zeiten, als die Christoph Görgs der ÖVP gegen eine Regierung mit der FPÖ gestimmt haben. Nunmehr kann sogar Görg selbst mit der FPÖ in der Regierung leben, sei sie doch zwar „rechter und deutschnationaler als die Haider-FPÖ, aber deutlich berechenbarer“.^{iv} Ausländerfeindlichkeit war, so Görg, der leider notwendige Preis für die Kanzlerschaft der ÖVP, würde sich aber letztlich angesichts der christlichen Wurzeln der ÖVP nicht in entsprechenden Politiken materialisieren. Die ÖVP vollzieht damit eine Entwicklung nach, die europaweit feststellbar ist: die Erneuerung konservativer politischer Kräfte durch bis zur Ununterscheidbarkeit grenzenden Annäherung an die extreme Rechte.

Konflikte und Bruchlinien

Zeiten der Kanzlerschaft erzeugen in der ÖVP seltener wahrnehmbare Bruchlinien, da sie es ermöglichen, mittels Ressourcen wie Posten und Finanzen oder auch durch Politiken innere Konflikte zwischen Parteiteilen zu kalmieren. Die verbindende ideologische Kraft der Dauertemen Asyl und Grenzschutz in der gegenwärtigen politischen Konjunktur tut ihr Übriges, um Polarisierungen in der ÖVP zu vereiteln. Die Dynamiken, die zu den Turbulenzen 2006–2017 geführt haben, sind allerdings struktureller Art, prägen daher auch die „neue Volkspartei“ und können als Verwerfungen jederzeit aufbrechen, sofern die Re-

gierungslinie unter Druck gerät und oppositionelle Kräfte verstehen, diese Verwerfungen auszuhebeln. Polarisierungen zwischen Parteiteilen, vor allem Bünden und Ländern, sind entlang einiger Politikfelder potenziell möglich – von der Zukunft der Sozialpartnerschaft und des Kammersystems bis hin zur Bildungspolitik. Zwei Tendenzen der „neuen Volkspartei“ nagen an ihrer innerparteilichen Kohäsion, wenngleich sie die generelle Stabilität des neuen Parteiprojekts momentan nicht dramatisch beeinträchtigen:

(1) Um sich gegenüber traditionellen Machtansprüchen der Bünde zu immunisieren, hat die Parteiführung eine engere personelle Anbindung der Bündelführungen durchgesetzt. Insofern die Bünde dadurch stärker in die Rolle von Transmissionsriemen der Entscheidungen der Parteiführung nach unten gedrängt werden, verändert sich die Stellung der Bünde innerhalb der Partei. Deren klassische Rolle als Interessenvertretungen zur Artikulation von Anliegen der Basis nach oben tritt zurück und bisherige Aushandlungsmechanismen zwischen Bünden und Parteiführung verlagern sich in die Bünde selbst hinein. Diese Externalisierung mag zwar die Parteiführung oberflächlich autonomisieren, gefährdet jedoch die Beziehungen zwischen Bünden und ihrer Basis, wodurch sie als Apparate gesellschaftlicher Repräsentation geschwächt werden. Im mittleren Funktionsapparat hat dies bereits Konflikte zu Tage treten lassen: Innerhalb des ÖAAB, dessen Führung aufgrund der Rolle als Klubführung für Anliegen der Basis unzugänglich ist, sind Teile der FCG und einzelne Ländergruppen wie Tirol beim Umgang mit der AUVA und beim Thema der Flexibilisierung der Arbeitszeiten auf die Barrikaden gestiegen; innerhalb des ÖBB wachsen Unzufriedenheiten mit der Orientierung auf Anliegen der Agrar- und der Tourismusindustrie unter Ministerin Köstinger.

(2) Die Rekrutierung politischen Personals für Regierungspositionen, Mandate und Staatsapparate verengt sich in der neuen Volkspartei auf Personen aus dem Netzwerk von Kurz. Damit fehlen der Parteiführung auch Mechanismen zur Einbindung der Länderorganisationen. Diese Vernachlässigung wird insbesondere in Ländern der „Westachse“ wahrgenommen und macht sich etwa in der ÖVP Tirol bemerkbar, die von einem Kampf um die Führung des Landes und die geschmälernten Pfründe (ausgetragen zwischen ÖWB und ÖBB) geprägt ist und wo der ÖAAB in offene Opposition zur Bundespartei getreten ist. Einer Unterordnung unter die Bundespartei hat sich auch die ÖVP Kärnten in der Frage der Koalitionsbildung mit der Kärntner SPÖ widersetzt. In beiden Ländern hat Kurz stärker auf einen konfrontativen Umgang gesetzt, der als Disziplinierungsversuch verstanden wurde. Auch wenn Kurz einige relevante Länder erfolgreich in sein Parteiprojekt integriert hat, ist es unwahrscheinlich, dass diese weitere Einschränkungen ihrer Autonomie leichtfertig akzeptieren werden. Diese Konflikte zwischen der von Alt-FunktionärInnen getragenen schwarzen Parteitraktion und dem türkisen Parteiprojekt haben durchaus das Potenzial, sich in effektive Brüche verwandeln zu können – von Opposition zur Mindestsicherungskürzung durch die „Westachse“ bis hin zu einer Absetzbewegung in der ÖVP Tirol durch AK-Präsident Erwin Zangerl und ÖAAB-Obfrau Beate Palfrader analog zur Liste Dinkhauser 2008.

Neben diesen Tendenzen geht eine große Gefahr für das türkise Parteiprojekt aber zweifellos von der FPÖ aus. Die Regierungslinie zu CETA sowie zum 12-Stunden-Tag hat in der FPÖ bereits für Unruhe gesorgt. Um die Stabilität der FPÖ nicht zu gefährden, muss die ÖVP der FPÖ Erfolge gönnen (Integrationspolitik, Aufhebung des Rauchverbots etc.),

muss sie zu Vorgängen innerhalb der FPÖ schweigen (Rechtsextremismus) und deren fehlende Regierungserfahrung und Überforderung tolerieren (Sozialministerin, Innenminister). Die Formel „Beschützen, Schweigen, Tolerieren“ prägte schon den Umgang Schüssels mit der FPÖ (etwa beim Ortstafelstreit in Kärnten). Auch wenn sie damit der FPÖ nach außen Legitimation verschaffte, konnte die ÖVP den inneren Bruch zwischen Parteiführung und der sozialen Basis damals nicht verhindern (Fallend 2006: 11ff.; Bayer/Pühringer in diesem Heft). Dieses Szenario könnte sich wiederholen: Es könnte der Fall eintreten, dass sich die Partei aufgrund inneren (FPÖ Oberösterreich) wie äußeren (Umfragewerte) Drucks gezwungen sieht, sich stärker als „soziales Gewissen“ der Regierung präsentieren und die Regierungslinie unterminieren zu müssen. Diese Dynamik war bereits bei Schwarz-Blau I unter Schüssel wirksam.

Anmerkungen

- i Ein Beispiel hierfür ist der Tiroler ÖAAB-Obmann (2001–2009) und heutige Landeshauptmann Günther Platter, der 2002–2006 als Verteidigungsminister und 2006–2008 als Innenminister fungierte und in erster Linie zur Befriedung der ÖVP Tirol in die Regierung geholt wurde.
- ii So weist der Bauernbund 300.000, der ÖAAB 250.000, der ÖWB 100.000, die JVP 105.000 und der Seniorenbund 300.000 Mitglieder aus. Zahlen für den Frauenbund werden nicht bekanntgegeben, wobei davon ausgegangen werden kann, dass der Kreis weitgehend auf gewählte Funktionärinnen beschränkt ist.
- iii Die Einnahmen aus Mitgliedszahlen können bei den Rechenschaftsberichten der Parteien beim Rechnungshof eingesehen werden; die Angaben zu Mitgliedszahlen beziehen sich auf offiziell verlaubliche Parteienangaben.
- iv derstandard.at/2000069953485/Goerg-Der-FPOe-heute-fehlt-der-irrlichternde-Wahnsinn-der-Haider, 07.08.2018.

Literatur

- Fallend, Franz (2006): Die ÖVP. In: Tälös, Emmerich (Hg.): Schwarz-Blau. Eine Bilanz des „Neu-Regierens“. Wien: LIT, 3–18.
- Müller, Wolfgang C. (2006): Die Österreichische Volkspartei. In: Dachs, Herbert et al. (Hg.): Politik in Österreich. Wien: Manz, 341–363.
- ÖVP (2016): Rechenschaftsbericht gemäß §5 PartG 2012 für das Kalenderjahr 2015. http://www.rechnungshof.gv.at/fileadmin/downloads/_jahre/2017/sonderaufgaben/Rechenschaftsbericht_OeVP_2015.pdf, 18.06.2018.
- SORA (2017): Wahlanalyse Nationalratswahl 2017. <https://strategieanalysen.at/wp-content/uploads/2017/10/ISA-SORA-Wahlanalyse-NRW2017-2.pdf>, 07.08.2018.
- Tóth, Barbara/Redl, Josef (2017): „Projekt Ballhausplatz“. <https://www.falter.at/archiv/wp/projekt-ballhausplatz>, 07.08.2018.
- Ronzheimer, Paul (2018): Sebastian Kurz. Die Biographie. Freiburg/B.: Herder